

# Hallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

### für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 214

1921 Nr. 5

**Bezugspreis:** für dieses und erscheinende Besondere monatlich 12,50, vierteljährlich 37,50, halbjährlich 75,00, jährlich 150,00, für 6 Monate 80,00, für 3 Monate 45,00, für 15 Tage 10,00. Einzelhefte 30 Pfennig. **Morgenausgabe** Anzeigenpreis: Die 6-sp. 14 mm breite und 20 mm hohe 20. Die 12-sp. 14 mm breite und 20 mm hohe 20. **Geldwechsel Berlin:** Bernburger Str. 30. Fernruf Zim Kurfrüh 76 2300. **Eigene Berliner Redaktion:** — Derlag u. Druck von Otto Cielie, Halle-Saale.

### Preußenwahlen

von Graf Westarp  
 Hoff kaulden, noch und fern  
 Mir mir gut viele gerne;  
 Ihr Will ist Zug und ihre Freiheit Echten,  
 Ich bin ein Preuße, will ein Preuße sein.

Worte troigen Stolzes in einem Bunde des um das Jahr 1890 gebildeten Preußischen. Seine will es uns Preußen unmöglich erscheinen, solchen Stolz auf unser engeres Vaterland festzuhalten. In seinem jetzigen Zustande gibt Preußen uns kein Recht dazu. Unter der sozialdemokratischen Herrschaft, mit der es seit dem November 1918 beglückt ist, sind Preußen und seine Hauptstadt Berlin Gegenstand scharfer Anfechtung geworden; in dieser Zeit hat der Ruf: „Los von Berlin“ in deutschen Landen und selbst in preußischen Provinzen erst durchschlagende Kraft gewonnen. So ist uns unter Preußen jetzt kein Stolz, sondern nur Pflicht und Aufgabe.

Die sozialdemokratische Herrschaft in Preußen, die geboren werden muß, ist eine unbedingte. In der Sozialdemokratie haben die Sozialdemokraten die Vormacht, über das Verhältnis der Fraktionenstärke hinaus vermöge des Glaubens an ihre Macht, den sie und andere haben. Aber sie beherrschen auch rein zahlenmäßig betrachtet das preußische Staatsministerium vollständig. Es besteht aus vier bürgerlichen und vier sozialdemokratischen Ministern. Die Sozialdemokraten haben dabei die wichtigsten Ämter; dazu kommt, daß alle grundsätzliche wichtigen Entscheidungen durch Kollegialbeschlüsse des Staatsministeriums gefaßt werden, und daß bei jeder Stimmensplitterung zwischen sozialdemokratischen und nicht sozialdemokratischen Ministern Genosse Braun als Ministerpräsident den Ausschlag gibt. So kann ungehindert und ungehemmt Herr Seevering als Minister des Innern das Verantwortung, die feste Säule und den Stütz der alten Preußen, durch seine Parteipolitik zugrunde rücken oder den Selbststolz des Bürgeriums gegen die wohlbegründete Rechtsansicht des Justizministers verbieten; Herr Braun liefert, ohne sich fürzen zu lassen, die Landwirtschaft dem Klassenkampf des sozialdemokratischen Landarbeiterebendes aus; Herr Goensch kann aus den preußischen Schulen jede preußische Lebenslieferung, aber auch die schäblich ebenso gefährlichen Weisheitslehren verbannen, und der Finanzminister Herr Sidemann dem von seinem gleichfalls sozialistischen Amtsvorgänger geschlossenen Budget mit dem Königshaushalt wiederum gegen den Justizminister unerschüttelt lassen und der sozialdemokratischen agitatorischen Verheißung preisgeben. Einen Schwerpunkt hat solche sozialdemokratische Mißwirtschaft erreicht, indem sie Groß-Berlin mit vier Millionen Einwohnern als rote Republik einer Tyrannie der verdinglichten sozialdemokratischen Wählungen unterwarf, die sich nicht scheuten, der bürgerlichen und christlichen Bevölkerung einen Dr. Bonehoffstein als Schulmeister zu bringen.

Die so gefährlich Sonderverfassung hat Preußen eine Verfassung gegeben, die alle preußische Lebenslieferung und alle den Lebensbedürfnissen dieses Staates entsprechende Eigentum beraubt in das direkte Gegenteil verkehrt. Die Parteipolitik des neudeutschen parlamentarischen Systems ist hier in einem Maße übertrieben, das zur Verneinung jedes Staatsgedankens führt. Preußen wird wohl die einzige Republik der Welt sein, die nicht einmal in Person eines Präsidenten einen Träger der Staatsgewalt und eine Stelle hat, die auch einmal durch Auflösung des Steuer der Parteipolitik umlegen kann. Der Ministerpräsident wird vom Landtage gewählt. Die Auflösung kann geschieden entweder durch Beschluß der gleichen Mehrheit, gegen die aufgelöst werden soll oder durch Beschluß eines Dreimänner-Kollegiums, in dem zwei Mitglieder, der Ministerpräsident und der Präsident des Landtages, die gleiche Mehrheit vertreten, oder endlich im Volkesschiede, der hierfür unbrauchbar ist, weil er zu seiner Durchführung eine dreimal hintereinander stattfindende Abstimmung mit ihren Kosten, ihrer Arbeit und ihrer Verunreinigung erfordert würde. Die so jeder wirksamen Kontrolle beraubte Mehrheit der Parteien herrscht um so unbedingter, weil ihr keine zweite Kammer, sondern ein Ein-Kammer-System eine gegenwärtige Vertretung der Provinzen mit lediglich aufstrebendem veto zur Seite steht.

Mit eigener Fähigkeit hat diese Sonderverfassung und in ihr die Sozialdemokratie und die Demokratie wider Recht und Gesetz ihre Macht festgehalten. Jetzt endlich kommt der Tag der Abrechnung auch auf dieser Silberhaube. Die Preußenwahlen haben sich nun doch nicht länger aufziehen lassen; Gerüchte, daß am dem Termin vom 30. Februar immer noch unter allerley wichtigen Vorwänden gerüthelt werden, dürfen und können sich nicht befähigen. Das Ziel des Wahlkampfes muß sein, zunächst einmal in der Verneinung wieder Ordnung zu schaffen, das Regiment der Parteien durch ein sachkundiges und unparteiisches, sachgerechtes und unbedingliches Beamtenrath nach alter schicklicher Art zu ersetzen und Souveränität und Ordnung in die Finanzen zu bringen. Es gilt weiter, den Schulen die Möglichkeit zurückzugeben, daß sie unsere Jungen und Mädchen zu Männern und zu Deutschen erziehen können, die

### Zwangszmaßnahmen?

#### Das Ruhrgebiet — Frankisches Ziel

Der Reichsterritoriumsbeschluß in einer Sitzung am Montag die Ablehnung einer neuen Note an Deutschland, in der die sofortige Entwaffnung der Einwohnereinheiten gefordert wird. Sollte dies nicht geschehen, so fahre man sich um militärische Sicherungsmaßnahmen gezwungen.

Wohin diese Sicherungsmaßnahmen bestehen, heißt nach einer Meldung der „Weltmeister" (englisch) sein Verbleib. Es heißt der: „Südlich Elbe und nördlich Elbe" und nördlich Elbe sind die letzten Tagen über etwaige Zwangszmaßnahmen gegen Deutschland verhandelt. Frankreich fordert eine Besetzung des Ruhrgebietes und weiterer rheinischer Flüsse. Keinesfalls wird aus Basel genehmigt, es lautet: Der französische Kriegsrat unter dem Vorsitz des Marschall Foch legte sich Verhandlungen nicht weniger als brünett. Das Hauptverhandlungssysteme war die Vertiefung der französischen Forderungen, die zu einer Besetzung rechtsrheinischer Gebiete verwendet werden sollen.

Alle diese Nachrichten zeigen klar Frankreichs Ziel. Das Ruhrgebiet war ihm schon von je die Stützstütze seiner Träume. Und es hätte es schon längst erreicht, wenn nicht — England gewesen wäre. Alles andere, die Idee von den Zwangszmaßnahmen, von unerfüllten Bedingungen und Forderungen ist flüchtig. Einmal will man England damit einschüchtern und weich machen und zum anderen Deutschland zusehen in die Augen treuen. Man hofft dabei auf die Hilfe der Radikalen. Diese angeblichen Zwangszmaßnahmen gegen den Kommunismus und ihren Besitzverwandten des Ruhrgebietes ist ein gutes Mittel, um die Verbände und dann hat man das Spiel hoch über gewonnen. Jetzt kommt es darauf an, ob England, das doch bisher von der Erfüllung des Friedensvertrages durch Deutschland aufgeben gestellt war, in der Lage und Willens ist, ein solches Mischgut gegen den französischen Reichsgebiet zu schicken und man kann sich vorstellen, daß England darob nicht angelt, dazu ist es zu sehr „Kamer“, um sich alle Handlungsmöglichkeiten zu verkauften und vor der Nase wegzunehmen zu lassen.

### Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten

#### Eine neue Pariser Konferenz.

„Leut Journal“ de Paris“ veröffentlicht das Reichertische Bureau gestern abend eine lange Note, in der es heißt: Der englische und französische Generalstab seien der Frage der Einwirkung von Deutschland auf die Welt gekommen einig, ihre Ansichten einander auszusetzen hinsichtlich der Zeit, in der die beiden Nationen aufgelöst werden sollen. England betrachtet die Lage hinsichtlich der Zerstörung und Ablieferung der Waffen für bedauerlich. Es möchte sogar ebenso wie Frankreich auch die Ablieferung der noch verbleibenden Waffen, feste aber auch in dieser Hinsicht die betreffenden Schmierereien. Vereinigte Befehlsgehörden gegen das Entlassungsaltskommen könnten der deutschen Regierung nicht zur Last gelegt werden. Hinsichtlich der Einwirkungen sehen wir, daß die englische glaubt, England ebenso wie Frankreich, daß die Liquidation der Welt zu vermeiden mußten, aber dies konnte nicht so schnell erfolgen, wie Frankreich es wünscht. In der Frage der Entwaffnung dieser Organisationen sei Marschall Foch und Mar-

landwirtschaftliche Erzeugung mit wirklicher Sachkunde zu fördern, auch die Pflicht des Rechtes und des Anstandes gegen unter Königshaus zu erfüllen und ihm endlich das seit über zwei Jahren wiederrechtlich vorenthalte Privatvermögen zurückzugeben. In dem Verfassungslande scheint mir die nächste Aufgabe zu sein, den Staatsrat als wirklich vollbereichte zweite Kammer neben dem Parteiparlament auszubauen und mit eigenen Reben zu erfüllen. Dazu gehört, daß er zum mindesten auf gewissen gleichberechtigten Gebieten die volle Gleichberechtigung, außerdem aber eine andere Zusammenlegung erhält, die sich auf den Vertretungskörpern der einzelnen Provinz und nicht, wie jetzt, auf die von derselben Minderheit wie das Parlament gewählten Provinziallandtagen aufbaut. Auf diesen ersten Schritt müssen weitere folgen, in der Richtung, eine von den Parteimeistern unabhängige, die Staatsgenossenschaft voll machende Oligarchie als Zentrum der Staatsgewalt wiederherzustellen. Die Ansichten, daß die bevorstehenden Wahlen in solchen Zielen näherbringen, sind durchaus zutreffend. Um so berechtigter ist die Auffassung, daß wir Preußen uns unseren Staat, den wir mit guter Aussicht auf Erfolg entschlossen sind, wieder auf die rechte Grundlage zu stellen, uns inmaßen nicht zerrissen lassen. Die jetzige Verfassung umgibt ja nicht einmal die Unversehrtheit des Staatsgebietes und des Eigenlebens, von denen der Erfolg verfassungsändernder Schritte abhängen ist. Der Kampf um die Einheit Preußens kommt zur unmittelbaren Entscheidung, wenn vom Zustand nächster Vortrags ab die Bestimmungen auf Grund des Artikel 18 der Reichsverfassung in die Wege geleitet werden können. Auch jetzt aber befehren Preußens Gegner in besonderer artlicher Kommission die planvolle Aufrüstung Preußens vor. Deshalb muß der

scholl Wissen nicht absolut einer Meinung. Für diese Beschuldigungen-Organisationen traten, besonders die Verbände in Bayern ein, aber in den beiden Gegenden bestes Grund, den Volkseigenismus zu befürchten. Eine sofortige Auflösung dieser Freiwilligenverbände könne deshalb im gegenwärtigen Augenblick als unersucht erscheinen. Nach Ansicht der englischen Regierung würden jedoch besonders in Bayern mehr Freiwillige als nötig unter den Waffen gehalten. Um in dieser Angelegenheit zu einer vollen Verständigung zu kommen, müßte baldig eine Zusammenkunft der illustrierten Ministerpräsidenten stattfinden. Das Ruhrgebiet dürfte nun im Falle einer allernäheren Reinenheit feststehen. Der Artikel des Friedensvertrages über die Beteiligung der Empfänger bei demjenigen Industrie sei nicht befriedigend ausgeführt worden, doch sei es noch zu früh, um über die etwaigen nötigen Änderungen zu sprechen. Im Falle der Pariser wird mitgeteilt, daß die französische Regierung vorgehen eine Note an die englische Regierung geschickt habe, in der eine Konvention der illustrierten Ministerpräsidenten in Paris zur Verhandlung der deutschen und der orientalischen Frage in Beschlüssigkeit gelehrt wird. Die Konferenz soll zwischen dem 7. und 12. Januar stattfinden.

„Echo de Paris“ schreibt zur Entwaffnung Deutschlands: In England und anderwärts machte sich die Meinung geltend, daß man der deutschen Regierung eine Zeitlang erlauben könne, um zur Aufrüstung der Sicherheitskräfte und der anderen militärischen Organisationen zu schreiten.

Die interalliierte Militärkommission in Paris wird in Zukunft nicht mehr schließlich sein, sondern der Weisheitsratskonferenz untergeben werden. Die Hauptaufgabe in dieser Kommission ist wohl die Aufsicht über der englischen maßgebenden Schritte mit der verschiebenden Beibehaltung dieser Kommission über die Verfassung in Deutschland. Aus diesem Grunde hat die englische Regierung sich dem französischen Vorschlag nach sofortigen Zwangszmaßnahmen gegen Deutschland (Besetzung des Ruhrgebietes) wegen der Mindermeinung der Einwohnereinheiten überhand entgegengesetzt und eine genaue Nachprüfung der Kräfteverhältnisse Deutschlands angeordnet. Churchill wird zu diesem Zwecke in den nächsten Tagen nach Paris kommen. Bis dahin wird Foch George von einer Seite nach dem Kontinent, die von der französischen Presse so häufig verlobt wird, absehen. Sollte sich herausstellen, daß Deutschland die in Spa eingegebenen Verpflichtungen bezüglich der Abrüstung nicht erfüllt hat, so wird, dem Londoner Korrespondenten des „Newport Herald“ zufolge, Zwangszmaßnahmen schritten, die Frankreich dann beschließen würde.

### Vertagung der Brüsseler Konferenz?

Der „Gazette“ gibt eine Nachricht der Finanzagentur „Information“ wieder, nach der es als wahrscheinlich zu betrachten ist, daß die Brüsseler Konferenz ihre Arbeiten für den Anmerkungsbericht. Die „Action Française“ drückt die Nachricht ohne Angabe der Quelle ab. Der „Gazette“ verständigt sie mit der einleitenden Bemerkung: „Von unterfertierter Seite erfahren wir...“ Das „Echo de Paris“ ruft an, daß der Oberste Rat, falls er einen französischen Vorstoß vom Sonntag entgegennehmen, bis 12. Januar in Paris zu tagen, die Frage näherträte, ob es nicht angebracht wäre, die Arbeit der Konferenz der Brüsseler Besprechungen ein wenig zu vertagten.“

bedürftende Wahlkampf auch von uns, die wir entschlossen sind, den Wertung des alten Preußens zu verteidigen, benützt werden, den verschiedenen Abänderungsbestrebungen den Boden abzugraben.

Bei den jetzigen Preußenwahlen kann die unmittelbare Wiederherstellung der Monarchie in Preußen noch nicht Parole sein. Die Zeit ist dazu noch nicht reif, und die Gesellschenschaft des Volkes noch nicht weit genug fortgeschritten. Es wäre ja auch, um dieses Ziel zu erreichen, nötig, nicht nur die preußische, sondern die Reichsverfassung auf gleichlichem Wege zu ändern, die in ihren Artikeln 1 und 10 obwohl für die einzelnen Länder wie für das Reich selbst die republikanische Staatsform vorzieht. Die Arbeit für den monarchischen Staatsgedanken freilich muß mit aller Kraft fortgesetzt werden. Er wächst und wird jeden Tag lebendiger; würden wir nicht für ihn eintreten, würde diese Sache des Volkes würden solches Eintreten kläglich fordern. Jetzt bleibt Preußen wie in der Vergangenheit so in der Zukunft, ununterbrochen verknüpft mit der Monarchie des Hohenzollernhauses.

Es bietet der bevorstehende Wahlkampf Aufgaben, aber auch gute Aussichten in Fülle. Es gilt, Verammlung, Gesellschenschaft und Verfassung in Preußen bei Erfüllung dessen, was der Tag fordert und bringt, so zu gestalten, daß wir Preußen wieder foli auf unser engeres Vaterland werden können. Es gilt darüber hinaus auf weiter Sicht, unser Volk der Verbündeten entgegenzuführen, damit es wieder lernen, in Einklang der seiner Geschichte in dem Monarchen aus dem Hohenzollernhaufe dem Kräfte des Volkes und der Einheit von Staat und Volk zu erkennen und monarchischer Führung den festen Willen zu freies und aus Macht lernen zu lassen.







# Kurs der Berliner Börse vom 4. Januar.

(Die Uhr feststellbare Kurse und vollständige Vorkurse.)

Die Rubrik vor dem Kurs der Anleihen enthält den Zinssatz bei den Aktien der ersten Rubrik die Vorläufe, die zweite die letzte Dividende. Die nachstehenden hinter dem Kurs bedeuten: B (Bilanz) - Angebot ohne zustande gekommene Käufe, G (Geld) - unbefristete Nachträge, in runde Zahlen in Anleihen die letzten Verkaufskurse.

## Bankdiskont

Bankdiskont	100/25
Bankdiskont	100/25
Bankdiskont	100/25

## Devisenkurse

Gold	Kurs	Gold	Kurs
1000/1000	2287,70	1000/1000	2287,70
1000/1000	2287,70	1000/1000	2287,70

## Eisenbahn-Obligationen

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Eisenbahn-Aktien

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Brauerien

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Industrie-Papiere

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Kleinbahn-Aktien

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Kleinbahn-Obligationen

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Industrie-Obligationen

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Schiffahrts-Aktien

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Bank-Aktien

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Kolonial-Werte

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Fortlaufende Notierungen

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Staatsschulden

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Präuf. Pfandbriefe

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Losanleihen

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## Ausland-Anleihen

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25

## In-Hyp.-Pfdbr.

Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25
Präsidenten	100/25